



Nur 19 Personen waren letztes Jahr am bayerischen Aussteigerprogramm für Rechtsextreme interessiert – früher waren es im Schnitt 52 pro Jahr. FOTO DPA

## Aussteigerprogramm für Rechtsextreme kaum noch genutzt

Seit 2001 gibt es das Aussteigerprogramm des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) für Rechtsextremisten. Das Problem: Es melden sich kaum noch Rechtsextreme, die daran teilnehmen wollen. Bundesweit hat es 2017 nur zwölf Kontaktaufnahmen gegeben, im Jahr davor waren es acht gewesen. Von 2001 bis 2003 meldeten sich insgesamt 909 ehemalige Rechtsextreme beim Verfassungsschutz. Der SPD-Abgeordnete **Christoph Rabenstein** wollte daher von der Staatsregierung wissen, wie viele Personen sich seit Beginn des bayerischen Aussteigerprogramms an die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) gewandt haben. Das Innenministerium schreibt in seiner Antwort, dass es in den Jahren 2001 bis 2012 insgesamt 571 Kontakte bei der BIGE gab – das entspricht im Durchschnitt fast 52 Anfragen pro Jahr. Eine differenziertere Antwort sei erst für die darauffolgenden Jahre möglich, nachdem die BIGE zur Stärkung der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit ausgebaut wurde. Allerdings sanken die Kontaktaufnahmen danach deutlich. Im Jahr 2013 waren es neun, 2014 lediglich 18 und 2015 immerhin 21. In den letzten zwei Jahren sanken die Zahlen aber wieder auf zwölf im Jahr 2016 beziehungsweise 19 im Jahr 2017. Fast alle Ausstiegsinteressierten waren Männer, rund fünf Prozent davon minderjährig. „Grundsätzlich ist zur Entwicklung der Zahlen festzuhalten, dass diese in den vergangenen Jahren stark rückläufig wa-

ren“, räumt das Ressort von Innenminister Joachim Herrmann (CSU) ein. Grund sei die Propaganda der rechtsextremistischen Szene, wonach die Aussteigerprogramme der Verfassungsschutzbehörden verdeckte Ausforschungsprogramme seien. „Dies erhöhte die Hemmschwelle potenzieller Ausstiegs-kandidaten zur eigenständigen Kontaktaufnahme.“ Entsprechend wurden zwischen 2013 und 2017 nur 30 Personen in das Aussteigerprogramm aufgenommen, 19 davon gelang der Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene. Gründe für den Abbruch seien private Probleme, Sucht oder Strafbarkeit gewesen. Die Motivation der Ausstiegs-willigen ist laut Ministerium vielfältig. Viele sähen sich nach der Abwendung von der rechtsextremistischen Szene von ehemaligen Weggefährten aufgrund von Nachstellungen oder zufälligen Aufeinandertreffen gefährdet und suchten daher im Ausstiegsprogramm Schutz. Andere hätten neue Sozialkontakte, die keine Berührungspunkte in die alte Szene haben wollten. „Häufig wird Angehörigen der rechtsextremistischen Szene aber auch durch ein Strafverfahren oder eine Haftstrafe die Tragweite und die gesellschaftliche Bedeutung des Tuns bewusst“, heißt es in der Antwort. Nicht zuletzt seien die vielen Kontrollen durch Sicherheitsbehörden ein Grund für den Ausstieg. Viel Angst scheinen Rechtsextreme aber nicht zu haben. 2017 wollten bayernweit nur neun Personen in das Aussteigerprogramm aufgenommen werden. > LOH

NACHGEHAKT | Abgeordnete fragen, Ministerien antworten

# Cannabis, Polizei-Zamperl, Repräsentanzen

## 312 Diensthunde bei der bayerischen Polizei

Diensthunde bei der Polizei gibt es seit Anfang des 12. Jahrhunderts. In Deutschland wurden sie ab dem Jahr 1900 eingesetzt, als Gendarmen ihre Hunde mit auf Streife nahmen. Der erste Einsatz soll am 1. Oktober 1901 stattgefunden haben. **Eva Gottstein** (Freie Wähler) wollte wissen, wie viele Diensthunde es derzeit bei der bayerischen Polizei gibt und wie viele davon dieses Jahr pensioniert werden.

Das Innenministerium antwortet, aktuell seien 312 Hunde bei der Polizei im Einsatz – 19 würden dieses Jahr pensioniert. Die meisten Polizeihunde leistet sich das Polizeipräsidium Mittelfranken mit 48. Danach folgen das Polizeipräsidium München (37), Oberbayern Süd (35) und Oberbayern Nord (32). Schlusslicht ist mit jeweils lediglich 22 Diensthunden das Polizeipräsidium Schwaben Süd/West beziehungsweise das Polizeipräsidium Oberpfalz.

Eingesetzt werden die Diensthunde für den allgemeinen Schutzdienst. Zusätzlich erhalten sie eine unterschiedliche Spezialausbildung, beispielsweise für den Bereich Betäubungsmittel, Sprengstoff, Leichen, Banknoten oder al-



Einer von 600 Diensthunden bei der Bundespolizei. FOTO DPA

gen werden. Ein Verkauf an Personen außerhalb der bayerischen Polizei erfolge nur nach gründlicher Überprüfung des potenziellen Käufers.

## Autofahren trotz medizinischem Cannabis?

Im März 2017 wurde die Abgabe von medizinischem Cannabis zu therapeutischen Zwecken weiter liberalisiert. „Im Zusammenhang mit der legalisierten Einnahme von Cannabis stellen sich jedoch erhebliche verwaltungs- und strafrechtliche Herausforderungen“, schreibt **Claudia Stamm** (fraktionslos). Die Abgeordnete wollte aus diesem Grund wissen, welchen THC-Wert die Staatsregierung für das Führen eines Fahrzeugs, das Führen einer Waffe oder zum Ausüben der Jagd für angemessen hält.

Das Innenministerium antwortet, die Frage lege nahe, dass ein bestimmter THC-Wert angemessen wäre. „Dies ist nicht der Fall.“ Verkehrsteilnehmer sollten aus Verkehrssicherheitsgründen nicht unter dem Einfluss berauschender Mittel stehen. Bei THC werde eine berauschende Wirkung ab einem sogenannten analytischen Grenzwert von 1,0 Nanogramm pro Mikroliter angenommen. Ob es bei Cannabispatienten zu einem Strafverfahren gekommen ist, kann das Ministerium nicht sagen.

Auch eine verantwortungsvolle Jagd ist laut Staatsregierung nur

möglich, wenn die Personen dabei sicher kein können, keine Ausfallerscheinungen zu erleiden. „Inwieweit dies bei Personen der Fall ist, die zu medizinischen Zwecken Cannabis konsumieren, ist regelmäßig am Einzelfall zu prüfen. Beim Umgang mit der Waffe hält das Ministerium keinen bestimmten THC-Wert für tolerierbar.“

Um Mitarbeiter in Behörden und Polizei zum Umgang mit Konsumenten von medizinisch verordnetem Cannabis zu schulen, gibt es laut Ministerium regelmäßige Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich Verkehrs- und Betäubungsmittelrecht.

## Prävention von Gewalt und Missbrauch in Schulen



Schulen haben Programme zur Gewaltprävention. FOTO DPA

Wissenschaftler der Universität Erlangen-Nürnberg haben in einer Studie herausgefunden, dass es vor allem in den ländlichen Regionen zu wenig Beratungsstellen und Therapiemöglichkeiten für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder in Bayern gibt. „Wie lassen sich die widersprüchlichen Vorgaben in den Richtlinien Fami-

lien- und Sexualkundeerziehung in Einklang bringen“, wollte **Ruth Müller** (SPD) aus diesem Grund von der Staatsregierung wissen.

Für das Bildungsministerium ist „kein Widerspruch ersichtlich“. Die Schulen übernehmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Vorbeugung, Aufklärung und Intervention von beziehungsweise bei sexualisierter Gewalt. „In präventi-



Gibt es ausreichend Schulprogramme zur Gewalt- und Missbrauchsprävention, fragte Ruth Müller (SPD). FOTO BSZ

ver Weise, aber auch bei einschlägigen Vorkommnissen können Schulen auf Programme zur Gewalt- und Missbrauchsprävention zurückgreifen“, heißt es in der Antwort. Sie reichten von der Wertebildung als schulischem Auftrag über Lebenskompetenzprogramme wie Lions Quest bis hin zu spezifischer Missbrauchsprävention wie „Mit mir nicht“ oder „Trau dich“.

## Transportgut-Diebstähle an Rastplätzen nehmen zu

Laut einer vom EU-Parlament in Auftrag gegebenen Studie entstehen in der EU-Transportwirtschaft jedes Jahr Schäden von mehr als 8,5 Milliarden Euro durch Diebstahl von Lkw-Ladungen. „Auch in Deutschland ist die Zahl der Lkw-Ladungsdiebstähle in den letzten Jahren deutlich angestie-



Jährlich entstehen in der EU-Transportwirtschaft Schäden von mehr als 8,5 Milliarden Euro durch den Diebstahl von Lkw-Ladungen. FOTO DPA

gen“, schreibt **Peter Paul Gantzer** (SPD) in einer Anfrage. Der Abgeordnete hakte daher bei der Staatsregierung nach, wie oft Kriminelle in bayerischen Lkws zugeschlagen haben.

Das Innenministerium antwortet, in der polizeilichen Kriminalstatistik würden Diebstähle von Lkws oder Ladung nicht gesondert erfasst. Es könnten daher keine Details über Anzahl, Schaden, Täter, Tatorte und Aufklärungsquote in Bayern gegeben werden. Beim Bau neuer Lkw-Stellplätze versuche die Staatsregierung allerdings, durch regelmäßige Beleuchtung der gesamten Rastanlage „ein gewisses Mindestangebot an Kriminalitätssicherheit“ herzustellen. „Eine darüber hinausgehende Ausstattung für kriminalitätssicheres Lkw-Parken auf den Rastanlagen der Bundesautobahnen ist entsprechend der Vorgaben des Bundes nicht vorgesehen“, heißt es in der Antwort.

Darüber hinaus beobachten und bewerten die Präsidien der bayeri-



Die Staatsregierung weiß nicht, wie viele Lkw-Ladungsdiebstähle es gibt, erfuhr Peter Paul Gantzer (SPD). FOTO BSZ

schen Polizei laufend die Kriminalitätsentwicklung bei Bundesfernstraßen und deren Parkplätzen. Um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl zu erhöhen, seien dort auch regelmäßig uniformierte und zivile Fahrzeuge im Einsatz. Nicht zuletzt wurde letztes Jahr die Broschüre „Transportgefahren aktiv verringern“ aktualisiert. Darin werden Präventionsmaßnahmen gegen Frachtdiebe beschrieben.

## Neue Repräsentanzen in Tel Aviv und Kiew

**Hans Jürgen Fahn** (Freie Wähler) war verwundert. Im Entwurf des Nachtragshaushalts 2018 fand er jeweils Mittel in Höhe von 300 000 Euro für den Aufbau zweier bayerischer Repräsentanzen in Tel Aviv und Kiew – dabei gibt es in beiden Ländern bereits

Auslandsrepräsentanzen unter dem Dach des Wirtschaftsministeriums. Der Abgeordnete fragte: „Seit wann verfolgt die Staatsregierung das Vorhaben, zwei weitere Repräsentanzen in der Ukraine und Israel aufzubauen?“

Laut Staatskanzlei geht die Idee für die Repräsentanz in Tel Aviv auf eine Initiative der damaligen Europastaatsministerin **Beate Merk** (CSU) im Mai 2017 zurück.



Die damalige Europaministerin Beate Merk bei der Eröffnung der Repräsentanz in Tel Aviv. FOTO DPA

Durch das Büro soll vor allem die intensive Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaftskooperation, Wirtschaftszusammenarbeit, Schüleraustausch und Bürgerbegegnungen weiter ausgebaut werden.

Ebenfalls im Mai 2017 unterzeichneten der damalige Ministerpräsident **Horst Seehofer** (CSU) und der ukrainische Staatspräsident **Petro Poroschenko** eine Vereinbarung für die Errichtung einer Repräsentanz. Ziel des Büros ist es laut Staatskanzlei, die Projekte der ständigen bayerisch-ukrainischen Arbeitskommission zu begleiten. „Dadurch soll ein Beitrag zur Umsetzung der Reformen in der Ukraine und damit zur ihrer Stabilisierung und noch stärkeren Hinwendung zur Europäischen Union geleistet werden.“

Dass es bereits eine Repräsentanz in Kiew unter dem Dach des Wirtschaftsministeriums gibt, ficht die Staatskanzlei nicht an. Sie informiere über den Wirtschaftsstandort Bayern und verfolge daher eine unterschiedliche Zielsetzung. Die bisherige Repräsentanz des Wirtschaftsministeriums in Tel Aviv werde hingegen aufgelöst. Zukünftig soll die neue Repräsentanz auch für Wirtschaftskontakte zuständig sein. Warum das nicht auch in Kiew möglich ist, schreibt die Staatskanzlei nicht.

> DAVID LOHMANN



Wenn Hunde aus dem Dienst ausscheiden, erhalten Herrchen 75 Euro pro Monat, erfuhr **Eva Gottstein** (FW). FOTO BSZ

pin. „Einzig die Personensuchhunde werden aufgrund des speziellen Aufgabenbereiches nicht als Schutzhunde konditioniert“, heißt es in der Antwort. Ein Hundemangel in speziellen Bereichen liegt laut Ministerium nicht vor.

Wenn Hunde aus dem Dienst ausscheiden, werden diese laut Ministerium in der Regel in die Obhut ihrer Diensthundeführer übergeben. Diese erhalten auf Grundlage eines Tierübertragungs- und Pflegevertrags eine Pauschale von 75 Euro im Monat. Alle weiteren Kosten – inklusive einer eventuellen Hundesteuer – müssen selbst getra-